

Herausgeber:
Dr. Neumann.

Verleger:
G. Heinze & Comp.



Görlitzer

Anzeiger.

Dienstag, den 12. September.

Die preussische National-Versammlung am 7. September.

Berlin, den 7. Septbr. 1848. Ehe eine Schilderung der heutigen Sitzung des preuss. Reichstages gegeben werden kann, ist es nothwendig, einen Blick auf die Vorbereitungen zu werfen, welche in den voranliegenden Tagen gemacht wurden, um das Volk in allen seinen Theilen aufzuregen und zu bewegen, durch Demonstrationen aller Art der National-Versammlung seinen souverainen Willen zu offenbaren in einer Weise, wie dies von allen Besonnenen entschieden gemißbilligt werden muß.

Der Text aller drohenden und warnenden, ermahnenden und anfeuernden Zusprachen, Aufforderungen und Bekanntmachungen war kürzlich der: die Majorität der Kammer will die Freiheit und die Souverainität des Volkes an das Ministerium verrathen, die Linke, die allein es gut und ehrlich mit dem Volke meint, will mit der Majorität in Kampf treten; sie rechnet auf die Unterstützung des Volkes und wird, wenn sie in der Kammer unterliegen sollte, austreten, weil sie in diesem Falle nicht länger mit Ehren dort sitzen könnte.

Eine dumpfe Schwüle lag über der Stadt; eine Stille und Ruhe, welche in Berlin gefährlich ist. Allerhand Gerüchte durchliefen die Stadt; daß man die Mitglieder der Rechten abwürgen müsse, wenn der Stein'sche Antrag verworfen würde, erzählten sich Kinder und Kinderfrauen. Listen der Mitglieder der verschiedenen Parteien der National-Versammlung befanden sich in vielen Händen und wurden Proscriptionslisten genannt; eine solche Liste, die schlesischen Abgeordneten betreffend, ward in dem demokratischen Organe „die Reform“ abgedruckt. Dieses Blatt entfaltete bei dieser Gelegenheit seinen Jacobinismus mit großer Aufrichtigkeit; die rebe Gewalt ward ohne Scheu aufgerufen, zur Unterstützung der freien Ueberzeugung; die blutrothe Fahne ward geschwenkt über den Häuptern der Minister und der National-Versammlung. In vielen Plakaten ward die geballte

Faust der Volksjustiz sehr deutlich gezeigt. In den Reden der Clubbführer ward nichts gespart, um die Gemüther bis zu einem Grade zu erhitzen, der eine Explosion unvermeidlich gemacht hätte, wäre der Beschluß der National-Versammlung nicht nach dem Willen des Berliner souverainen Volkes ausgefallen. Die einzelnen Abtheilungen der Bürgerwehr wurden nach Möglichkeit bearbeitet, und es erschienen auch wirklich Erklärungen derselben, welche, in's Deutsche übersezt, dahin lauteten: die Bürgerwehr wird die National-Versammlung nicht schützen, wenn die Majorität sich gegen den Stein'schen Antrag erklären sollte. Es stand also Kopf und Kragen auf dem Spiele.

Die Parteien der Volksvertreter bewahrten hierbei eine Haltung, die ihnen zur Ehre gereicht. Ohne alle diese Vorgänge in der nächsten Umgebung zu beachten, beriethen und conferirten sie in sich und unter einander eifrig und ernstlich, und ließen sich auch durch die Maßregel der Linken, welche sich schriftlich verbunden hatte, jedenfalls aus der Kammer zu treten, falls der Stein'sche Antrag fiel, nicht beirren. Am Abend vor der verhängnißvollen Sitzung stand die Sache so:

Die Rechte hat durch den Abgeordneten Tamnau das Amendement gestellt, welches durch eine Interpretation vom 9. August den Vorwurf, als solle eine Gewissensinquisition bezweckt werden, abwies, sodann aber die Ausführung des Beschlusses für nothwendig erklärte. Das Centrum (Hôtel de Russie) hatte ein Amendement Unruh gestellt, welches ebenfalls eine Interpretation enthielt, auf Ausführung des Beschlusses bestand und ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium klar aussprach. Wenn die Reihenfolge der Fragen so gestellt wurde, daß erst das Tamnau'sche, sodann das Unruh'sche Amendement, dann erst der Stein'sche Antrag zur Abstimmung gelangte, so würde Tamnau fallen, Unruh aber zur Majorität gelangen, mithin auch der Stein'sche Antrag stürzen. Denn es würde dann die Rechte ihre Stimmen für Unruh geben, um den Stein'schen Antrag zu werfen. Käme dagegen das Unruh'sche Amendement vor dem Tamnau'schen,

dann würden beide fallen und der Stein'sche Antrag durchgehen.

Das Schicksal der Frage hing also davon ab, in welcher Folge die Anträge zur Abstimmung kommen würden. Mit diesem Bewußtsein versammelten sich die Mitglieder am heutigen Tage, früh 9 Uhr, in der Singakademie. Das Volk hatte bereits die Plätze vor dem Gebäude besetzt und alle Räume im Innern, mit Ausnahme des Sitzungssaales und der Logen, waren gedrängt voll. Später nahm man auch von dem Deputationszimmer Besitz und es blieben nur die Bureau's noch offen. Man bemerkte namentlich viele Juden unter der Menge. So hing das Schwert des Damocles über der Versammlung.

Die Verhandlungen begannen mit Ernst und Würde. Diese Haltung theilte sich auch den Gallerieen mit. Nur einmal war der Präsident genöthigt, der Gallerie die sofortige Räumung anzudrohen. Wäre diese Räumung zur Ausführung gekommen, so hätten wir eine Feuerprobe zu bestehen gehabt; denn ohne Anwendung von Gewalt würde dies nicht geschehen, Gewalt würde der Gewalt entgegengesetzt werden sein; der Conflict wäre dann unvermeidlich gewesen; in welchem Umfange, mit welchem Ausgange, läßt sich nicht ermessen. Dies ward aber heberzig; die Führer des Volkes erinnerten immer rechtzeitig daran und ließen keinen Creßz zum Ausbruche kommen. Ein Abgeordneter der Linken, Temme, störte diesen guten Eindruck; während er sehr heftig gegen die Regierung loszog, spie er von der Rednertribüne herab vor dem Ministertische aus! Es ging ein dumpfer Ton des Unwillens durch die Versammlung. Derselbe Redner drohte ausdrücklich: er und seine Freunde würden austreten, wenn der Stein'sche Antrag nicht angenommen werden sollte. Man hätte eine solche Ungeschicktheit von einem gelehrten Manne, wie Temme, nicht erwarten sollen. Hätte nicht das Volk mit Fäusten und Knütteln hinter ihm gestanden, würde er diese Drohung nicht gemacht haben.

Noch ungeschickter benahm sich Berends (von der äußersten Linken). Er brauchte als nachdrückliches Argument für das Stein'sche Amendement die Bajonette der Bürgerwehr und übergab schriftliche Adressen einzelner Abtheilungen derselben, worin ausgedrückt war: die Bürgerwehr wolle die Versammlung schützen, wenn sie in der Majorität für den Stein'schen Antrag wären. — Jeder konnte nun die Lehre daraus nehmen, daß, wenn der Stein'sche Antrag fielen, die Bürgerwehr ihre Bajonette umkehren werde.

Der Präsident Grabow verlas dagegen ein Schreiben des Obersten der Bürgerwehr, Rimpler, welches das Gegentheil der Berends'schen Adressen zu enthalten schien. Deutlich konnte man den Inhalt aber nicht verstehen. Ein Abgeordneter der Rechten erklärte, daß er auch die Bajonette der Bürgerwehr nicht fürchte; und der Präsident forderte ebenfalls auf:

die Versammlung solle sich um alle diese Demonstrationen von Außen nicht kümmern, sondern nach Ueberzeugung handeln und treu zusammen halten, was mit Beifall aufgenommen wurde. Und so schritten die Verhandlungen mit Ruhe weiter, während eine stickende und beklemmende Hitze den Aufenthalt im Sitzungssaale fast unleidlich machte. Je näher die Abstimmungen kamen, um so bemerkbarer ward die Unruhe des Volkes außerhalb und in den untern Räumen des Gebäudes. Ein Mal drangen Männer in das Sitzungsfokal, wurden aber sofort beiseiteigt. Von 52 eingezeichneten Rednern waren etwas über 20 zum Worte gekommen, als der Schluß verlangt und angenommen wurde. Vertagung der Sache wurde zwar beantragt, aber verworfen. Es wäre grausam gewesen, das Ministerium noch länger auf der Folter zu halten; auch stand eine noch größere Aufregung zu befürchten. Die Frage war erschöpft: die Urtheile standen fest. Das Ministerium durfte über sein Schicksal nicht mehr im Zweifel sein; das Centrum hatte es fallen lassen und sein Fortbestehen war unmöglich. Auerswald, der Minister-Präsident, hatte eine nur sehr schwache Defensionsrede gehalten; Kühlwetter sprach offen aus: er werde die Stunde segnen, wo er abtreten könne; Hansemann, krank und erschöpft, war aus seinem Bette geholt worden und hielt noch eine fulminante Ansprache, prophezeigte aus diesem Beschlusse den Untergang Jerusalems und das Verlöschen des Sternes von Preußens Macht und Größe. Die andern Minister, Sierke und Märker, schwiegen sich aus; Schreckenstein las mühsam eine Erklärung ab, daß er dem Tamnau'schen Antrage beitreten wolle. — „Zu spät!“ tönte die Stimme von oben, „zu spät, du rettest das Ministerium nicht mehr — es ist schon eine Leiche!“ —

Hansemann, dessen Inneres auf das Furchtbarste erregt war, wankte nach Hause. Vor der Thür bot ihm ein Junge ein Bild an: sieben Galgen sind darauf dargestellt, an jedem hängt ein Minister, und die Unterschrift lautet: Und so hing es eine Leiche eines Morgens da! — Hansemann sieht, kauft, und der alte Hummer leuchtet aus seinen Augen.

Inzwischen war die Fragestellung entschieden worden. Das Amendement Unruh kam zuerst zur Abstimmung. Es fiel, weil die Rechte ihre Stimmen für Tamnau aufsparte. — Hansemann fand sich wieder am Ministertische ein; er brachte seinen Collegen das Bild und zeigte es ihnen. — Auch Tamnau fiel, weil ihn die Centren nicht stützten. So ging der Stein'sche Antrag durch, und die Linke, welche sich diesen Sieg allein zuschreiben ließ, feierte den großen Triumph, daß das souveraine Volk von Berlin den Sieger Stein, der den Schreckenstein geschlagen, nebst Waldeck und Temme auf die Schultern hob und zuletzt, als Stein in einer Dreschke saß, das Dreschkenpferd ausspannte und sich selbst als Dreschkenpferd, wie damals bei Freigebung der Polen, anspannte. Natürlich ward viel Hurrah geschrien,

Gespräch zweier Nachbarn über Staat, Kirche, Schule. (Beschluß.)

und auf der Treppe des Opernhauses stand der würdige Präsident des souverainen Vindenkubs, Herr Müller, und ließ die deutsche Eintracht leben. —

Noch spät am Abende führen die Minister nach Potsdam und gaben ihre Patente in die Hand des Königs zurück.

Als die Abgeordneten, erschöpft bis zum Verlöschen, sich nun noch in ihren Salons versammelten, um auf das Tagewerk zurückzublicken, da drängte sich gewaltig die Frage vor: haben wir heute mit Freiheit, ohne Zwang und Drang äußerer Mächte berathen?

Leider mußte die Antwort lauten: Nein! zwar nicht unter Bajonetten haben wir berathen, aber unter Häufen, was nicht besser ist.

Was entstanden wäre, wenn der Stein'sche Antrag nicht durchging? darauf gab es viele Antworten. Einige wollten mit Bestimmtheit wissen, es sei die Absicht der republikanischen Partei gewesen, in diesem Falle das Haus zu stürmen und die Mitglieder der Rechten, welche man genau in den Proscriptions-Listen verzeichnet gehabt, zu erwürgen, mindestens in die klaren Wellen des Canales zu versenken, welcher am Gebäude, einer großen Fluth von duftiger Tinte gleich, dahinfließt. —

Nun, jeden Falles bleibt die sehr ernste Thatsache bestehen, daß man durch Demonstrationen, durch Häufteballen und Bähnzeigen einen Gewissenszwang versucht hat. Es wird mit schonungslosem Urtheil zu erwägen sein: darf, wenn je wieder eine Frage auftritt, an deren Entscheidung das Volk von Berlin sich ebemäßig betheiligen will, eine Verathung unter solchen Umständen stattfinden?

Würde das Land einen Beschluß annehmen und gelten lassen wollen, der seinen Vertretern durch die republikanisch-democratischen Clubmänner der Stadt Berlin dictirt werden wäre? — Oder soll die Nationalversammlung, welche sich unter den Schutz des Volkes gestellt hat, Bajonette requiriren, um gegen Zwang und Drang des Volkes bei ihren Berathungen geschützt zu sein?

Nicht alle bezogen mein Vertrauen, daß, wenn auch das Volk mit solchen Schreckenbergen auftritt, es dennoch nicht zu Gewaltthätigkeiten gegen die Vertreter der Nation schreiten werde! — Viele berufen sich auf frühere Vorgänge: wie das Volk sich an dem Minister Arnim, an dem Abgeordneten Sydow vergrißen hat. Kurz, von allen Seiten erhebt sich die Frage: ist es nicht nothwendig, nach diesen Vorgängen nicht ferner hier zu tagen, sondern in einer andern Stadt, wo sich die Einwohner zu der Höhe des Berliner Volkes, welches die Stimme des ganzen Landes in der Tasche zu haben meint, nicht versteinen, wo die Nationalvertreter mit unbeirrter Freiheit berathen und beschließen können.

N. Die Schule ist die Anstalt, durch welche der Staat oder die Nation die Bildung und Erziehung der immer neu heranwachsenden Generation besorgt. Durch die Schule sollen die schlummernden Kräfte des Kindes geweckt, geleitet, gebildet und für das bürgerliche Leben brauchbar gemacht werden. Die Schule hat ferner die Aufgabe, das sittliche Gefühl zu beleben, einen sittlichen Character zu begründen und das Kind in die Grundlehren der Religion einzuweihen. Die Schule hat also nicht blos den Zweck religiöser Bildung des Menschen, sondern auch die Verpflichtung, ihn zu einem guten und brauchbaren Staatsbürger zu erziehen, welcher nächst einem frommen Herzen, auch einen möglichst gebildeten Verstand, eine reiche Sammlung nützlicher für das bürgerliche Leben unerläßlicher Kenntnisse, unwandelbare Achtung vor den bürgerlichen Gezeßen, brüderliche Eintracht und einen ächten patriotischen Sinn besitzen soll.

W. Ja die Schule hat eine schwere Aufgabe, und es erscheint mir als sehr nothwendig, daß der Staat für recht tüchtige Lehrer Sorge trägt.

N. Das wollen die Lehrer auch. Sie verlangen, daß kein Lehrer an der Volksschule mehr angestellt werde, der sich nicht eine wirklich wissenschaftliche Bildung angeeignet, ein Schul-Examen bestanden und einen guten Ruf hat. Bei der Wahl eines Lehrers, und an dem ganzen Schulwesen soll die Gemeinde künftig mehr thätigen Antheil nehmen dürfen, als bisher geschehen.

W. Das ist alles recht schön; aber da werden auch die Lehrer besser bezahlt sein wollen, als es bei den meisten Schulen jetzt der Fall ist.

N. Dafür muß freilich gesorgt werden, daß der Lehrer einen angemessenen und zeitgemäßen Gehalt bekomme. Davor dürfen wir aber um der Wichtigkeit des Zweckes willen nicht erschrecken.

W. Wie soll das aber in kleinen Gemeinden geschehen können, namentlich wo viel arme Leute sind?

N. Dieses Bedenken wollen die Lehrer dadurch beseitigt wissen, daß ihnen der Gehalt aus Staatskassen gewährt, und daß überhaupt der Volksunterricht ganz frei werde.

W. Ja, die Staatskasse muß aber doch immer wieder von den Landeseinwohnern gefüllt werden; also bleibt's beim Alten.

N. Lieber Gevatter! Die Staatskasse bezieht ihre Einnahmen nicht blos von den Steuern, diese betragen kaum den zehnten Theil der Gelder, die der Staat haben muß. Wenn das Schulgeld aus Staatskassen bezahlt wird, so müssen alle Staats-Einnahmen, alle kinderlosen Eheleute überhaupt, alle reichen Leute, alle großen bis jetzt frei gewesenen Grundstücke dazu beitragen, die Last wird auf viele und starke Schul-

tern vertheilt und den armen Kinderreichen Eltern zum Theil abgenommen.

W. Das läßt sich hören. Diese Einrichtung wäre sehr vernünftig und für kleine Gemeinden eine große Erleichterung. Aber warum wollen denn die Lehrer nicht mehr unter der Aufsicht der Pfarrer stehen?

N. Die Lehrer sagen: Wir wollen zur nächsten Aufsicht einen Mann, gewählt aus unserer Mitte haben, der wirklich practisch zu urtheilen und zu helfen versteht. Die geistliche Willkür, welche züther in den meisten Schulen Deutschlands herrschte und den Lehrer zu einer Maschine des Pfarrers machte; die dem Lehrer alle Selbstständigkeit raubte, und in amtlicher Stellung ihm die Behandlung eines unmündigen Kindes zu Theil werden ließ, wollen wir beseitigt wissen. Der Pfarrer soll nicht mehr Dictator im Weinberge Gottes sein, und den Schullehrer tiefer unter sich sehen, wie ein Gutsbesitzer seinen Knecht, sondern er soll ihn als wirklichen Mitarbeiter betrachten. Unbeschadet dessen, soll dem Pfarrer nach wie vor der Eintritt in die Schule gestattet sein. Der Confirmanden-Unterricht verbleibt ihm ebenfalls; dagegen der allgemeine Religionsunterricht dem Lehrer.

Die Lehrer wollen ferner nicht mehr die persönlichen Diener der Pfarrer sein, wozu sie als Küster verpflichtet sind. Mit einem Wort, sie wollen eine Stellung, eine persönliche und amtliche Freiheit, wie sie der Würde ihres Amtes angemessen ist.

W. Das kann ich den Lehrern nicht verdenken. Du erwähnest jetzt die Synode. Da fällt mir die Adresse einer Menge Geistlichen wieder ein. Wie mir's scheint, wollen die Geistlichen die neue kirchliche Einrichtung ganz allein zusammenschmieden. Seit wenn kehrt denn der Geist der Weisheit blos bei diesen Herren allein ein, und nicht auch bei den Laien?

N. Du irrst, lieber Nachbar; nicht alle Pfarrer glauben, daß sie die Kirche allein ausmachen. Da ließ hier dieses Blatt, No. 69. 70. des Anzeigers.

W. J! was sehe ich da? Der Paster Kretschmar ist ja ein vortrefflicher und ein Ehrenmann. Der will bei so wichtigen Angelegenheiten die Meinungen der Gesamtkirche, wozu natürlich auch die Schule und die Gemeinden gehören, gehört wissen. So ist's recht, das freut mich. Paster Kretschmar soll leben, und alle gleichgesinnte Pfarrer mit ihm!

N. Ja, deinem Vivat stimme ich auch und noch tausend Andere mit bei. Hör! so eben schlägt's schon 9 Uhr, ich muß fort.

W. Ach! das ist schade. Du hast mir, lieber Nachbar, einen herrlichen Abend bereitet. Morgen komme ich in euren Klubb, wenn's erlaubt ist.

N. Recht gern. Morgen werden folgende Fragen und Antworten über die Schule besprochen werden, die du auf diesem Blatte hier findest. Gute Nacht!

W. (Geht in die Stube und liest:)

- I. Soll die Schule Staats- oder Gemeindeanstalt sein?
- II. Von wem soll die Schule unterhalten werden?
- III. Wem gebührt die Anordnung und Aufsicht über die Schule?

Antwort:

I. Die Schule muß National- oder Staatsanstalt sein.

1. Weil sie Pflanz- und Erziehungsstätte des Volkes eines Staats ist.
2. Weil durch Sonder-Erziehungs-Interesse die Einheit zerstört werden würde.
3. Weil der Staat sein heranwachsendes Geschlecht sich nicht entfremden lassen darf.
4. Weil der Staat nicht in der Gemeinde, sondern die Gemeinde sich im Staate befindet und darin an aufgehen muß.

II. Die Schule muß vom Staate gehalten und unterhalten werden.

1. Weil jedes Kind ein Glied und Eigenthum des Staates ist.
2. Weil es ungerecht ist, wenn der Arme allein die arbeitende Klasse dem Staate erziehen soll.
3. Weil der Arme die nöthigen Mittel zur erfolgreichen Erziehung seiner Kinder nicht beschaffen kann.
4. Weil der Staat nicht erndten kann, wo er nicht gesät hat. Also gebührt ihm auch

III. Die alleinige Anordnung und Oberaufsicht über die Schule. Denn die Schule gehört in demselben Sinne der Kirche an, wie ihr die Gemeinde angehört:

1. Weil die Kirche kein Staat im Staate sein kann, und sie es blos mit der Religion zu thun hat.
2. Weil die Bildung des Menschen auf Einsicht beruht, und ohne diese das moralische und religiöse Element nicht Wurzel schlagen kann.
3. Weil die Kirche eben so des Staats-Schutzes bedarf, wie die Schule und jede andere Anstalt.
4. Weil Kirche und Schule, beide nur Mittel zum Zwecke sind, welchen jeder Staat im Auge haben soll, nämlich: Erhöhung geistiger Vollkommenheit und Beförderung des irdischen Glückes.

Beide Anstalten also, Kirche und Schule, stehen neben einander, aber nicht unter einander. Keine darf die andere bedrücken, und in ihrer freudigen Wirksamkeit durch Sonder-Vorthelle stören, widrigenfalls beide ihre Aufgabe nicht lösen und das Ziel verfehlen werden.

W. (für sich) Auch das läßt sich hören. Na will ich doch sehen, was aus der Sache werden wird. Ich für mein Theil will der guten Sache nicht zuwider handeln. Es ist doch eine wichtige Zeit. Morgen gehe ich in den Leseklubb.

P u b l i k a t i o n s b l a t t.

[3963] Das Einreißen eines Theils der zwischen den Grundstücken No. 795. und 796. hieselbst befindlichen Mauer, so wie des zu dem Grundstücke 795. jetzt gehörigen Stallgebäudes, soll an den mündelbietenden Bauverständigen verdingen werden.

Zur Abgabe ihrer Gebote werden daher hierdurch Bauverständige vorgeladen, sich an Ort und Stelle auf den 28. September c., Vormittag 9 Uhr, einzufinden.

Görlitz, den 3. Sept. 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

[3842]

B e f a n n t m a c h u n g.

Aus dem den Christoph Kahl'schen Erben gehörigen Bauergute No. 1. zu Ober-Schreibersdorf soll von circa 31 Morgen das Nadel- und Laubholz, taxirt auf 2449 Nthlr. 6 Sgr. 1 Pf., auf dem Stamme meistbietend verkauft werden, und ist hierzu Termin auf

den 22. September c., Vormittags 10 Uhr,

an Ort und Stelle angefahrt worden.

Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß die Taxe nebst den Verkaufs-Bedingungen in der Gerichtsamts-Kanzlei hier eingesehen werden kann.

Lauban, den 20. August 1848.

Gerichtsamt von Schreibersdorf.

Nichtamtliche Bekanntmachungen.

[3968]

T o d e s - A n z e i g e.

Nach schweren Leiden entschlief gestern Abend 10 Uhr, unserm Paul nur nach fünf Tagen folgend, auch unser lieber Alexander in dem Alter von 8 Monaten und 14 Tagen in Folge der Ruhr und hinzugetretener Gehirnwassersucht. Unsern Freunden und Verwandten widmen wir auch diese Trauerkunde statt besonderer Meldung mit tiefbetäubtem Herzen.

Herm. Knothe, Pastor.

Nieda, den 9. Septbr. 1848.

Adolf. Knothe, geb. v. Heuthausen.

[3894] Ein neuer kupferner Färbekeffel, gut gearbeitet, 4 Fuß 6 Zoll weit und 2 Fuß 9 Zoll tief, 1030 Pfr. Quart enthaltend, ist zu einem annehmbaren Preise zu verkaufen bei

Joh. Ernst, Kupferschmidtmstr.

[3948]

B e f a n n t m a c h u n g.

Knochenmehl bester Qualität ist zur bevorstehenden Herbstsaat in jeder beliebigen Quantität bei Unterzeichneten zu den möglichst billigsten Preisen zu haben.

Eisenhüttenwerk Eschirndorf, den 7. Sept. 1848.

Gebr. Glöckner.

[3970] Schönes feines Knochenmehl in Tonnen und Säcken hat wiederum empfangen und verkauft zu den billigsten Preisen

E. H. Schuster,

Eisen-Handlung.

[3967] Sonntags den 17. Septbr. d. J. wird zu Reichenberg in Böhmen ein Verbrüderungs-fest zwischen böhmischen und sächsischen Grenzwohnern gefeiert. Ist solches auch zunächst auf Sachsen und Böhmen berechnet, so wird doch jeder deutschgesinnte Mann aus dem angrenzenden Preußen willkommen sein, und deshalb zur freundlichen Theilnahme hiermit eingeladen.

Zittau, den 9. Sept. 1848.

Der Ausschuss des dasigen Vaterlandsvereins.

Im Auftrage des oberlausitzer Bezirksvereins.

Hensel, Obmann.

[3966]

Der Bürgerverein

versammelt sich heute Abend, als den 12. Septbr., und Freitag den 15. Septbr. 7½ Uhr im Saale des Gasthofes zum goldenen Strauß, und soll die Frage: wie den reactionären Bestrebungen auf dem Lande entgegenzuwirken, zur Discussion kommen.

Der Vorstand.

[3969]

Theater-Repertoir.

Dienstag den 12. Sept. kein Theater.

Mittwoch den 13. zum Vortheil für die Herren Guthery und Saarbleicher: **Friedrich der Große**, oder: **Des Königs Befehl** (seit 10 Jahren verboten), Lustspiel in 4 Akten von Töpfer.

Donnerstag den 14. zum Vortheil für Fr. Meyer und Frn. Nönnenkamp zum ersten Male: **Ein deutscher Leinweber**, historisches Schauspiel in 4 Akten von Storch und Adami.

J. L o b e.

[3965] In der Wurstgasse No. 180. werden Leser gesucht für die Berichte der Verhandlungen der Nationalversammlungen in Berlin und Frankfurt a. M.

[3964] Daß die **Friederike Knoblauch**, bei mir in Diensten stehend, die bei mir abhanden gekommenen Sachen nicht entwendet hat, sondern aus Unvorsichtigkeit unschuldig beleidigt worden ist, und ich ihr, seit ihrem halbjährigen Dienste bei mir, noch nichts Schlechtes nachsagen kann, bescheinige ich hiermit.
Davidsohn.

Literarische Anzeige.

Bei **G. Heinze & Comp.** in Görlitz (Oberlangengasse No. 185.) ist zu haben:

Unterhaltungsblätter für deutsche Patrioten.

Von dieser Zeitschrift erscheinen monatlich 8 Nummern gr. Lex.-Form. zu dem Preise von 5 Sgr. pr. Monat incl. Porto.

Die Tendenz dieser Zeitschrift wird hauptsächlich der Novellistik gewidmet sein und dadurch dem Publikum in den politischen Wirren dieser Zeit eine angenehme und nützliche Unterhaltung bieten. Insbesondere wird unser Mitarbeiter Herr Ludw. Gothe, dessen Erzeugnisse sich bisher des ungetheiltesten Beifalls zu erfreuen hatten, in einem Cyclus von Novellen eine romantische Geschichte Berlins liefern, welche die Schicksale der Hauptstadt und die Begebenheiten, welche sich in und bei derselben zugetragen, von ihrem Entstehen bis zur Gegenwart in bekannter anmuthiger und spannender Weise vor die Augen führt, und schon in No. 1. mit der Novelle: „Swantewitha“ beginnt. Der „Fischhändler von Aöln“ folgt demnächst.

Um aber auch den Forderungen der Jetztzeit zu genügen, wird die Zeitschrift wöchentlich ein Mal einen leitenden Artikel über Zustände des öffentlichen Lebens bringen und jede Nummer ein Feuilleton enthalten, welches über die Ereignisse des Tages in kurzer und bündiger Art berichtet.

P i a n o f o r t e s c h u l e

nach der neuesten

Pariser Methode.

V o n

Ed. Ferd. Friedrich.

Op. 50. Preis 1½ Rthlr.

Herr Friedrich ist ein Schüler Chopin's, des größten Pianisten der Gegenwart. Seine Schule, nach einem wohlgedachten Plane entworfen, führt die Lernenden leicht, schnell und sicher über die Anfangsgründe des Pianofortespiels hinweg und weicht ihn allmählig unvermerkt in die höheren Feinheiten des künstlerischen Vortrags ein. — Auch die äußere, höchst elegante Ausstattung des Werks läßt Nichts zu wünschen übrig.